

„Fossiles grünes Gas gibt es nicht“

Interview mit Steffen Söll, Geschäftsführer SKM Group in Boxberg

Während allerorten über Strukturentwicklung in der Lausitz geredet wird, ist der Kohleausstieg im bergbaunahen Mittelstand längst angekommen. Wir wollten wissen, wie es den Dienstleistern im Umfeld der Energiebranche geht und sprachen mit Steffen Söll, Geschäftsführender Gesellschafter der SKM Group in Boxberg. Es wurde ein Gespräch über Strukturentwicklung, die Wahrheit zur Gaskraft und zu neuen Chancen mit Russland. Die SKM Group hat Steffen Söll gemeinsam mit seiner Frau vor acht Jahren im Rahmen einer mehrfach ausgezeichneten Nachfolgelösung übernommen. Die Herausforderungen wurden erst später offenbar.

In der Lausitz herrscht Aufbruchstimmung, ist die im industriellen Mittelstand angekommen? Man verspürt an verschiedenen Ecken Signale eines Aufbruchs. Es gibt viele Initiativen, viele Ankündigungen, viele warme Worte. Für den Mittelstand ist dabei noch nichts Konkretes in Sicht. Allein aus warmen Worten können wir für unsere bundespolitisch erzwungene Metamorphose noch nichts ableiten. Zum heutigen Tag bleibt deshalb ein klares nein!

Wie kann das sein, wo doch bereits viele Förderprojekte wie das Regionale Investitionskonzept (RIK) installiert wurden? Es gibt einige Projekte, aber dort müssen sehr hohe thematische und förderrechtliche Übereinstimmungsgrade realisiert werden und das ist aus meiner Sicht eher die Ausnahme als die Regel. Da geht es um De-minimis-Regelungen und spezielle Förderbedingungen der jeweiligen Förderprogramme. Das heißt, ein Projekt muss genau in das jeweilige Förderprogramm passen. Für den Mittelstand, der wie wir sehr konkret vom Kohleausstieg betroffen ist, sind das sehr bescheidene, meist untaugliche Mittel.

In den kommenden Jahren sollen Hunderte Mio. Euro an Projektmitteln in die Lausitz gespült werden, welche Chancen verbinden Sie damit? Die Mittel für ganz konkrete Maßnahmen wie Infrastruktur für Bahn, Straße, Schiene, Internet und ÖPNV werden uns helfen. Maßnahmen zur Schaffung neuer Bundesinstitute oder Behörden helfen hingegen begrenzt oder gar nicht. Wir müssen in der Lausitz Industriearbeitsplätze durch industriennahe oder perspektivische Industriearbeitsplätze ersetzen. Es geht um die tatsächliche Wertschöpfung als langfristigen Ersatz für die 1,3 Mrd. Euro des derzeitigen Braunkohle-Energiegeschäfts. Es geht um 20.000 direkt und indirekt betroffene Industriearbeitsplätze. Projekte, die

auf reinen Steuerverbrauch angelegt sind, stellen keine nachhaltige Strukturentwicklungsmaßnahme dar. Ich halte die 5.000 Beamtenstellen, wie viele davon auch immer in der Lausitz ankommen, für Augenschwermerei.

Im sogenannten Eckpunktepapier ist wie im Bericht der Kohlekommission ausdrücklich von wirtschaftsnahen Förderungen die Rede, warum sind Sie für den Mittelstand so skeptisch? Wir sehen Chancen, wenn sie denn tatsächlich kommen. Neben den vielen Ankündigungen und Versprechen bedarf es dazu aber konkreter Gesetze und Rahmenbedingungen. Wir müssen wissen, wie die Programme ausgestaltet werden und wie wir als Unternehmen das realistisch nutzen können. Es gab Bemühungen Richtung Brüssel, um das Beihilferecht aufzuweichen. Es gab Bemühungen zur Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone und um eine besondere Forschungsförderung. Was konkret für den Mittelstand passiert, weiß bis heute noch niemand. Ich bleibe positiv eingestellt und hoffe auf die notwendige Unterstützung. Dabei ist es wichtig, dass alle Maßnahmen zuerst an den Kernbetroffenen ausgerichtet sind. Es kann nicht sein, dass die berühmte Kartbahn in Halle, eine Turnhalle in Leipzig oder Radwege am Ostsee als Strukturmaßnahme denselben oder gar einen höheren Stellenwert erhalten, nur weil dort eine andere Antragspower oder politische Konstellation vorherrscht. Bei uns kernbetroffenen Mittelständlern gehen tatsächlich Arbeitsplätze verloren, weil im Tagebau- und Kraftwerksumfeld die Arbeit weniger wird und relativ schnell komplett wegfällt. Zwanzig Jahre sind in solchen Prozessen ein sehr kurzer Zeitraum.

Wie erklären Sie sich die Vorfahrt von Kartbahn und Radwegen gegenüber einem direkt betroffenen Industrieunternehmen? Ich hoffe, das waren Schnellschüsse in den Projektlisten und es wird am Ende nicht so kommen. In vielen Gesprächen wird immer klarer, dass uns die Befriedung von Einzelinteressen mit der Gießkanne nicht weiterhilft, wenn wir die industrielle Wertschöpfung nicht nachhaltig transformieren. Hier verstehe ich die Strukturmittel als Ausgleich für den politischen Eingriff, und da sollte die Logik greifen, dass man sich zuallererst um die direkt kernbetroffene Industrie kümmert.

Woran machen Sie Kernbetroffenheit aus? Es geht um diejenigen, die tatsächliche, ernsthafte Verluste zu kompensieren haben. Wenn z.B. im Umfeld des Kraftwerks Lippendorf ein Arbeitsplatz wegfällt, sind Kompensationsmaßnahmen bei allem Verständnis für die Situation im stark wachsenden

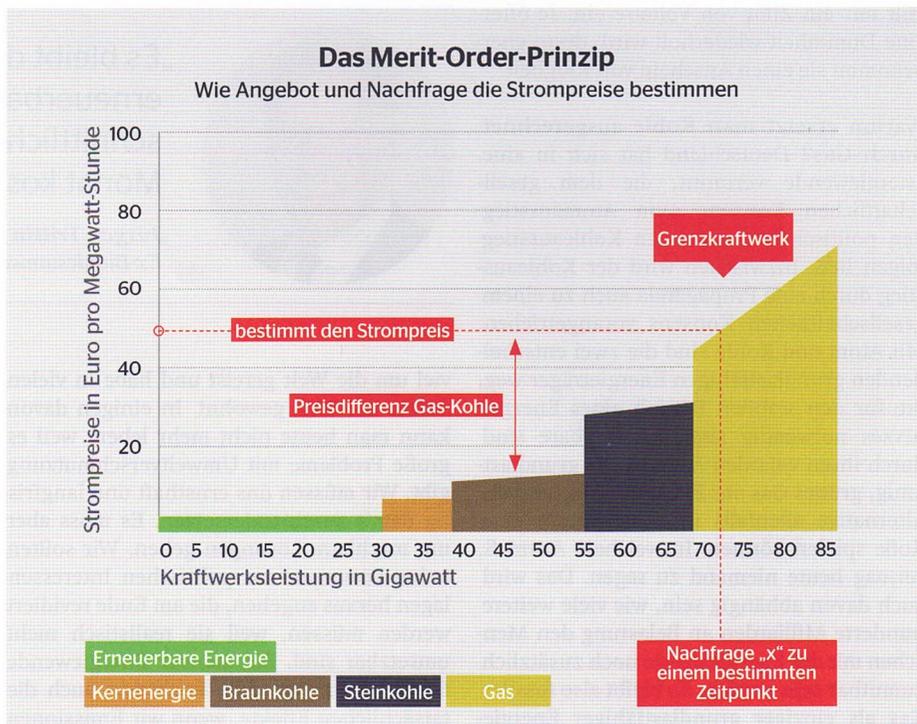
Ballungsraum Leipzig einfacher und sicher auch ohne Strukturmittel zu bewältigen. Das sieht in der strukturschwachen Lausitz ohne prosperierende Ballungsräume ganz anders aus. Kernbetroffenheit muss sich meines Erachtens deshalb an direkten Verlusten und dem strukturellen Umfeld ausmachen.

Wie zeigt sich die Betroffenheit des industriellen Mittelstands im bergbaunahen Bereich der Lausitz? Wir merken – wie auch befreundete Unternehmen – das Preis- und Leistungsdruck im Bergbauumfeld immens zugenommen haben. Die Aufträge werden weniger, der verteilte Kuchen kleiner. Entsprechend intensiv ist die Schlacht der noch aktiven Unternehmen am Buffet. Für uns befindet sich das Geschäft in diesem Bereich schon seit drei Jahren im Sinkflug. Größere Projekte im Tagebaumfeld werden weniger. Das kann ich beim Exit-Szenario der LEAG mit einem sehr begrenzten Zeithorizont gut verstehen. Der erzwungene Ausstieg geht schon seit zwei bis drei Jahren mit einem zunehmenden Verzicht an Investitionen in die Anlagen einher. Viele Jahre haben wir hier gut mitarbeiten dürfen. Bei uns machte das Projektgeschäft im Bereich Kraftwerk und Tagebau noch vor wenigen Jahren teils über 50 % des Gesamtgeschäfts aus. Dieses Geschäft ist jetzt gar nicht mehr oder nur noch geringfügig und stoßweise mit kleinen Projekten vorhanden. Da ist eine Menge weggebrochen. Wir kompensieren das nach allen Kräften mit dem Aufbau neuer Geschäftsbereiche, aber das braucht Zeit und Geld. Es gibt in der Lausitz auch Unternehmen, die nach wie vor bis zu 100 % vom Bergbaugeschäft leben. Dort ist der Sinkflug existenziell.

Was müsste sich ändern, damit der Mittelstand von Strukturmitteln tatsächlich profitiert? Die Programme müssten mittelstandsaffin sein. Ein Unternehmen mit 50 Mitarbeitern muss mit seinen Maßnahmen an Förderprogramme andocken können. Damit meine ich Forschungs- und Innovationsförderung, im zweiten Zug dann auch Investitionsförderung. Gestalten ließe sich dies durch schnellere Abschreibungsmöglichkeiten oder eine Anteilsfinanzierung aus dem Strukturwandelprogramm, um den Weg in neue Produkte oder Technologien zu begleiten. Dafür brauchen wir neue Maschinen, müssen Mitarbeiter schulen und in neue Geschäftsfelder investieren. Wir werden am Anfang nicht so erfolgreich unterwegs sein, wie das bislang in der angestammten Industrie möglich war. Deshalb brauchen wir im Transformationsprozess andere Rahmenbedingungen und eine intensive Unterstützung mit sehr verlässlichen Regeln vom Bund und vom Land.

Da werden einige aufschreien: Der Lausitz geht es mit dem Milliardenprogramm doch gut genug ... Wenn wir aber auf die Mikroelektronik in Dresden schauen, dann hat dort ein Arbeitsplatz rund 1 Mio. Euro an Investitionen gekostet. Das hat dort auch viele Jahre Sinn gemacht und wird auch weiter Sinn machen. Eine ähnliche Summe hat man auch pro neu geschaffenen Industriearbeitsplatz durch die Errichtung der Spremberger Papierfabrik errechnet. Ein Industriearbeitsplatz hat eine hohe Wertschöpfung und zahlt das langfristig mit Steuern zurück. Auch ich zahle gern Steuern, wenn im Umkehrschluss die Rahmenbedingungen dazu geschaffen werden, dass wir gesund wirtschaften und die Mitarbeiter gut bezahlen können. Machen wir es konkret am Beispiel eines typischen mittelständischen Anlagenbauers in der Lausitz mit 5 Mio. Euro Jahresumsatz. In dieser Größenordnung leben einige noch großteils von der Kohle. Da bleiben nach Steuern um die 100.000 bis 200.000 Euro, die in Innovation, neue Produkte oder Prozessentwicklung investiert werden können. Das ist ein Fliegenschiss. Um tatsächlich in den globalen Wettbewerb mit neuen Produkten zu kommen und das Unternehmen in die Zukunft zu tragen, wäre mindestens das Zehnfache notwendig. Hier muss die Transformationsförderung ansetzen, um den Mittelständler, der tatsächlich gewillt ist, diesen Weg zu gehen, auch zu begleiten. Wir reden in diesem Zusammenhang auch über andere Rahmenbedingungen bei Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, bei der Finanzierung des Eigenanteils und bei der Nachhaltigkeit der Förderung. Das sind im Übrigen keine Steuergeschenke. Ich sehe das vielmehr als Rabatt auf das, was wir als Unternehmer bisher an Steuern gezahlt haben und auch weiter zahlen werden. Unternehmenssteuern, Wertschöpfung, Lohnsteuern ... das stellt man mit der Investition sicher.

Sie haben sich auch kritisch zur Umstellung von Kohle auf Gas geäußert und einen diesbezüglichen Post des deutschen Vorzeigeunternehmers Reinhold Würth kritisiert, warum? Herr Würth gehört zu einer wachsenden Gruppe von öffentlich wahrgenommenen Personen, die sich ohne genaue Kenntnis physikalischer Zusammenhänge lautstark äußern und damit dem gesamten Transformationsprozess hin zu einer Energiewende der Erneuerbaren schaden. Mich stört dieser unwidersprochene Ruck in Richtung Gaskraft, der aktuell auf breiter Front im Charakter einer Propaganda inszeniert wird, weil es so nicht wahr ist. Zum einen verursacht Gas, wenn man die gesamte Prozesskette und nicht nur die Umwandlung in Energie betrachtet, fast ebenso viel Emissionen wie Kohle. Bei amerikanischem Schiefergas sind es sogar mehr Emissionen als bei unserer Kohle. Zudem bringt diese Umstellung zusätzliche Emissionen durch den Rückbau der Kohleanlagen und ihre



Das Merit-Order-Prinzip: Strom aus Gaskraft ist in den Gestehungskosten heute etwa doppelt so teuer wie Strom aus Braunkohle. Kommen mehr Gaskraftwerke zum Einsatz, wird auch der Strom teurer.

verkürzten Laufzeiten mit sich, der Neubau von Gaskraftwerken verursacht ebenso zusätzliche Emissionen. All das verschlechtert die Leistungsbilanz und wird verschwiegen. Für mich ist Gas als Zwischenlösung für Kohle auf keinen Fall gerechtfertigt. Damit wird nach den Erneuerbaren ein neues Milliarden-Subventionsprogramm aufgelegt, das am Ende auf den Köpfen aller Energieverbraucher lastet.

Warum wird diese Lösung dennoch propagiert? Man bedient sich zur Rechtfertigung unter dem Siegel des Klimaschutzes einer Lüge. Wenn wir in Deutschland über die Umweltfreundlichkeit des Gases reden, betrachten wir nur den Prozess der Verbrennung, also den letzten Prozessschritt. Da ist Gas tatsächlich deutlich umweltfreundlicher als Kohle. Das ist aber nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Der Kohleabbau findet im unmittelbaren Umfeld der Kraftwerke statt, die Kohle wird auf einer stationären Förderanlage direkt und mit sehr geringem Energieaufwand ins Kraftwerk transportiert. Im Vergleich dazu wird Gas irgendwo in den USA durch Fracking oder in Russland aus den tiefen Gasfeldern herausgepumpt. Es wird gereinigt, komprimiert, zwischengelagert, transportiert, wieder komprimiert und wieder gelagert. In dieser Vorkette tritt additiv zum CO₂ Methan über Leckagen bei der Förderung und beim Transport aus. Methan wirkt in den ersten zehn bis 20 Jahren seiner Verweildauer in der Atmosphäre fast 90mal klimaschädlicher als CO₂. Irgendwann kommt es dann zur Verbrennung. Diese gesamte Vorprozesskette wird in Deutschland

vernachlässigt. Die Vorprozesskette verursacht mehr Emissionen als die Verbrennung an sich. Für das globale Klima ist aber egal, wann und wo die Emissionen entstehen. Wenn wir uns in Deutschland ehrlich machen, müssen wir deshalb die gesamten Emissionen eines Energieträgers betrachten. Wenn man das tut, kommt man sehr schnell zu dem Schluss, dass es ein fossiles grünes oder klimafreundliches Gas nicht gibt. Das ist ein Paradoxon.

Im sogenannten Eckpunktepapier wird wie im Bericht der Kohlekommission von klimafreundlichem Gas gesprochen, warum verwenden selbst Fachleute diesen Begriff? Man muss zwei Dinge unterscheiden. Es gibt zum einen Gas, das durch Energiewandelprozesse aus regenerativen Energien erzeugt werden kann. Dort wird bis heute mit extrem geringen Effizienzen und Volumen gearbeitet. Die Wirkungsgrade liegen im Bereich der Leistungsfähigkeit moderner Dieselmotoren. Da muss sich noch viel bewegen. Das wird mindestens ein Jahrzehnt brauchen und es wird natürliche Grenzen geben. Meines Erachtens wird man dort nie in Regionen eines Wirkungsgrades vorstoßen, wie wir ihn heute von modernen elektrischen Maschinen gewohnt sind. Nur bei diesem Gas aus regenerativen Quellen handelt es sich um grünes Gas. Es soll aus den Erneuerbaren ausgespeichert werden, wenn sie über die benötigte Nachfrage hinaus anfallen. Wenn wir aber versuchen, das Erdgas aus Russland oder Fracking-Gas aus Amerika als klimafreundliches Gas zu bezeichnen, ist das schlicht gelogen. Dazu ☺

fällt mir ein Zitat von Voltaire ein: Je öfter eine Dummheit wiederholt wird, desto eher bekommt sie einen Anschein von Klugheit.

Warum ersetzt man Kohle ausgerechnet durch Gas? Deutschland hat sich in eine Energiewende verrannt, die dem gesellschaftlichen Konsens zum Atomausstieg den politisch beschlossenen Kohleausstieg folgen ließ. Inzwischen wird der Kohleausstieg durch eine Propaganda auch zu einem gesellschaftlichen Konsens vorangetrieben. Mit Atom und Kohle sind die zwei entscheidenden grundlastfähigen Energieträger weg, die für den stabilen Betrieb eines Energienetzes notwendig sind. Erneuerbare sind durch ihren volatilen Anfall nicht grundlastfähig, grünes Gas aus Erneuerbaren wird als Alternative allenfalls in zehn Jahren eine Rolle spielen können. In welchem Ausmaß, vermag heute niemand zu sagen. Das wird auch davon abhängig sein, wie viele weitere hunderte Milliarden an Belastung den Menschen mit der Energiewende noch zusätzlich zumutbar sein werden. Es bleibt also fossiles Gas als einziger grundlastfähiger Energieträger übrig, der in ausreichendem Maß zur Verfügung steht. Wenn Gas CO₂-freien Atomstrom und Kohle ersetzt, haben wir im Ergebnis deutlich mehr Emissionen. Klimapolitisch ist das grober Unfug.

Wo liegt dann der zentrale Nutzen dieser Umstellung? Diese Frage würde ich auch gern beantwortet bekommen. Ich glaube, ein zentraler Nutzen ist die gesellschaftliche Befriedung des Konflikts mit Gruppen, die heute in den großen Städten wohnen und in eine Klimahysterie verfallen sind. Sie haben nicht erkannt, dass unser Wohlstand und unsere sozialen Errungenschaften auf der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und auf der Kernindustrie, das sind die Grundstoffversorgung und die Energiewirtschaft, beruhen. Dass diese Industrie nicht in den großen Städten angesiedelt ist, ist sehr bedauerlich. Dadurch fehlt denjenigen, die einen sehr schnellen Austritt forcieren, die Nähe und Kenntnis zu diesen Prozessen. Wenn wir die zehn großen Städte, die sich jüngst alle vorrangig für grüne Europapolitik entschieden haben, einfach mal in unsere Region einladen und die rein physikalischen Zusammenhänge verständlich machen würden, dann gäbe es möglicherweise ein anderes Verständnis. Vielleicht sollten wir jenen, die Strom nur aus der Steckdose kennen, hin und wieder das Gefühl geben, wie es ohne Strom ist und woher er eigentlich kommt.

Für die deutsche Energiewende gibt es einen großen Konsens in der Wissenschaft, glaubt man den Medienberichten. Was sagen Wissenschaftler zum Umstieg Kohle auf Gas? Das wird öffentlich nicht fundiert diskutiert. Ich teile die Meinung der Wissenschaftler, dass wir langfristig etwas für einen lebenswerten Planeten tun müssen. Ich bin



„Es bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund 1 Euro im Monat kostet - so viel wie eine Kugel Eis.“

Jürgen Trittin (Grüne)
Ex-Bundesumweltminister im Jahr 2004

viel um die Welt gereist und habe in vielen Ecken der Welt gewohnt. In einigen davon kann man heute nicht mehr leben, weil es große Probleme mit Umweltverschmutzung gibt. Wir müssen uns ernsthaft und langfristig damit auseinandersetzen. Es muss aber um machbare Lösungen gehen. Wir sollten keine Lösungen aus politischen Interessenlagen heraus angehen, die am Ende revidiert werden müssen, weil sie realistisch nicht umsetzbar sind. Bei unserer Energiewende fehlen mir neben dem Realismus auch die tatsächlichen Effekte, wenn wir Emissionen und Klimaschäden durch den Umstieg von Kohle auf Gas global sogar bewusst erhöhen. Und dann sind damit auch weitere Steigerungen der Strompreise für private Verbraucher und die Wirtschaft verbunden. Wenn ich mir aber das Merit Order Prinzip anschau, dann muss jedem Fachmann klar sein, dass Energie teurer werden muss, wenn die günstige Kohle durch teureres Gas ersetzt wird. Oder wir reduzieren die Abgabenlast, was auch ein Ziel des Mittelstands ist. Dann wird dem Staat aber mit Blick auf die steigenden Kosten der Energiewende das Geld fehlen und er wird es sich auf anderem Weg von Verbrauchern oder Wirtschaft holen. Wie auch immer man es dreht: Den Umstieg von Kohle auf Gas werden wir alle durch zusätzliche finanzielle Belastungen spüren.

Wieviel teurer ist Gas? Gas ist in den sogenannten Gesteungskosten doppelt so teuer wie Braunkohle. Deshalb glaube ich nicht an das Märchen konstanter Strompreise. Neben den Gesteungskosten ist die zunehmende Volatilität in den Netzen der zweite Preistreiber. Die Kompensationsmaßnahmen im deutschen Energienetz nehmen jährlich rapide zu. Wir sehen, dass ausländische Netzbetreiber ihre Netze an der Schnittstelle zu Deutschland durch Spatenschieber abriegeln. Der Kampf ums stabile Netz wird deutlich aufwändiger, das wird auch Kosteneffekte mit sich bringen. Ein dritter Punkt ist der Riesenbedarf an Infrastrukturmaßnahmen, um neue Gaskraftwerke zu bauen, um den erneuerbaren Strom vom Norden in den Süden zu bekommen. Ein vierter Bereich dürfte sogar der teuerste werden, auch wenn heute noch nicht intensiv darüber gesprochen wird. Wir müssen Speicher im großen Maßstab mit Kapazitäten nicht nur für ein paar Stunden, sondern für Dunkelflauten

mit ein bis zwei Wochen Dauer schaffen. In Dunkelflauten ist der Beitrag von Strom aus Sonne und Wind nahe Null. Wir begleiten im Unternehmen ein Projekt für einen rotationskinetischen Speicher, der gerade einmal 500 KW-Stunden Kapazität aufweist. Wenn Atom und Kohle nicht mehr verfügbar sind, müssen in Dunkelflauten pro Tag unglaubliche Mengen gespeicherter Energie verfügbar sein, wir reden von Volumen um die 50 Gigawatt pro Stunde. Wenn man das auf ein oder zwei Wochen hochrechnet, ist das Speicherproblem schnell zu erkennen. Auch hier müssen wir uns ehrlich machen: eine Lösung ist ungewiss, braucht auf jeden Fall mehr als ein Jahrzehnt und wird immense Kosten nach sich ziehen. Der Ausstieg aus Kohle und der Ausbau der Erneuerbaren wird unweigerlich zu einer deutlichen Preissteigerung führen. Das steht im Kontrast zu dem, was die Regierung derzeit verkündet. Wir erinnern uns an Herrn Trittin, der uns einst glauben machen wollte, die Energiewende kostet jeden Durchschnittshaushalt in Deutschland pro Monat nicht mehr als eine Kugel Eis.

Wird die Preissteigerung Einfluss auf die Klimaschutzdebatte und den Umstieg von Kohle auf Gas entfalten? Würden die Tatsachen auf dem Tisch liegen, ganz sicher. Bei der Energiewende erleben wir aber eine Salamtaktik. Wir merken jetzt auch aus den Berichten der Branchenverbände der Erneuerbaren Energien, dass deren Geschäft durch die gesunkenen Beiträge für die Einspeisevergütung und die verringerten Subventionen für Neuanlagen leidet. Wenn die Bundesregierung ihre Ziele erreichen will, muss sie neue Marktanreize setzen. Das kann nur funktionieren, wenn der Strompreis aufs Neue belastet wird.

Beeinflusst die Umstellung von Kohle auf Gas auch wirtschaftliche Kreisläufe? Diese Dimension wird derzeit noch gar nicht reflektiert. Da Kommunen aktuell aufgrund von Förderrichtlinien fast gezwungen sind, bis 2022 neue Gaskraftwerke in Betrieb zu bringen, entstehen in Regionen wie Leipzig oder Cottbus Situationen, die nicht nachvollziehbar sind. In Nähe zu Kohlekraftwerken, die aufgrund der Netzstabilität und des Energiebedarfs noch über einen langen Zeitraum betrieben werden müssen, werden parallel Kapazitäten errichtet, die für

zusätzliche Emissionen sorgen. Statt die Abwärme der Kohlekraftwerke zu nutzen baut man neue Gaskraftwerke. Das gefährdet im Übrigen auch historisch gewachsene Wirtschaftskreisläufe. So profitiert die chemische Industrie von günstiger Wärme der Kohlekraftwerke, andere Unternehmen beziehen Prozessdampf. Verändern sich nun Parameter für Betreiber der Kohlekraftwerke, gefährdet das auch solche wirtschaftlichen Kreisläufe. Zudem wird es durch die zunehmende Dezentralisierung meines Erachtens immer schwerer, tatsächlich Klimaschutz zu betreiben und Emissionen zu senken. Und das sollte ja das eigentliche Ziel der Energiewende sein.

Wie ist das zu verstehen? Die Zentralisierung der Stromerzeugung hat sie günstig gemacht und an gewissen Punkten gebündelt. Es ist meines Erachtens zielführender, sich genau an diesen Punkten mit mehr Klimafreundlichkeit zu beschäftigen. In den letzten Monaten ist hier das Thema CCS und CCU mehrfach angesprochen worden, auch durch Angela Merkel. Es besteht ein Konsens bis hin zum Potsdamer Klimaforscher Schellnhuber, dass globaler Klimaschutz ohne diese Technologien nicht funktionieren wird. Meinen wir es ehrlich mit Klimaschutz und Minderung der Emissionen, müssen wir neu über die Abscheidung und Verpressung, besser noch die Wiedernutzbarmachung von CO₂ in der Lausitzer Energiewirtschaft nachdenken. Bei der EU liegen 3,5 Milliarden für ein CCS-Projekt in Deutschland, das einst mit einem Demonstrationskraftwerk in der Lausitz errichtet werden sollte. Stattdessen entstehen zunehmend kleinere dezentrale Kapazitäten, bei denen Technologien zur Emissionsminderung künftig mit Mehrkosten verbunden sein werden. Auch diese werden die Verbraucher schultern müssen.

Wie sind Sie als Mittelständler von der Entwicklung der Strompreise betroffen? Das steht und fällt mit dem Anteil der Stromrechnung an der Gesamtwertschöpfung im Unternehmen. Für uns als Anlagenbauer ist das überschaubar. Für viele wichtige Industrien in Deutschland sind Stromkosten allerdings eine zentrale Wettbewerbsposition. Ein weiterer Anstieg führt zu deren Abwanderung oder zur Schließung der Betriebe in Deutschland. Das ist ein Prozess, der bereits läuft. Neben den reinen Stromkosten steigen in Deutschland auch die gesetzlichen, steuerrechtlichen und sonstigen Anforderungen an das deutsche Stromnetz. Mit unserem Unternehmen haben wir Strom jahrelang mit einem Kostenvorteil aus dem stabilen Netz eines Tagebaubetreibers bezogen. Vor drei Jahren musste das aufgrund gesetzlicher Regelungen, deren Sinn sich nicht erschließt, auf einmal abgetrennt werden. Mit einer immensen Investition mussten wir unser Unternehmen mit einer neuen

Energieversorgung ausstatten, weil es der Gesetzgeber so gefordert hat. Novellierungen an Energiesteuern oder technischen Regelungen, die von wirtschaftsfernen Bürokraten vorgenommen werden, können so bis an die Substanz gehen. Das zehrt – und Energie ist nur eines von vielen Themen, mit denen sich ein Mittelständler auseinandersetzen muss.

Eine neue Hoffnung für Lausitzer Unternehmer könnte das Russlandgeschäft mit sich bringen. Wie werten Sie Kretschmers Auftritt bei Putin entgegen der aktuellen Bundessicht? Ich finde es nachvollziehbar. Es geht um die gemeinsame Historie mit der sächsischen Wirtschaft und der Region. Die Nähe, das Verständnis und die Mentalität stehen im Vordergrund. Ich verstehe die Aktivitäten von Michael Kretschmer und halte seinen Weg für richtig, die deutsch-russischen Beziehungen im Rahmen der geopolitischen Möglichkeiten zu entkrampfen und für Sachsen neue Brücken zu bauen.

Sehen Sie Russland als wichtigen Partner für die Lausitz? In Russland gibt es einen riesigen Investitionsbedarf. Ich reise seit 1995 permanent in das Land und habe dort viele Projekte begleitet. Dort schätzt man den Wert unserer Produkte und unserer Ingenieursarbeit sehr hoch ein. Aber die Bereitschaft, auf sächsische oder brandenburgische Produkte zu warten, sinkt mit der Erkenntnis, dass Produkte und Serviceangebote aus dem asiatischen Raum in gewisser Weise ein brauchbarer Ersatz sein können. Sie mögen technisch nicht so zuverlässig und komplex sein, sind dafür aber günstiger. Das fördert den Kompromiss. Wenn dort erst stabile Handelsbeziehungen geschaffen wurden, haben wir es viel schwerer, alte Niveaus in unseren Handelsbeziehungen mit Russland zu erreichen. Deshalb sollten wir anfangen, wieder Brücken zu bauen. Wir müssen verstehen, dass die Krim für eine gewisse Zeit eine geopolitische Tatsache ist, an der wir durch handelspolitische Maßnahmen kaum rütteln werden. Das mag man gut finden oder nicht, man muss die Maßnahmen auf dem politischen Parkett aber abwägen, genauso wie ich als Unternehmer meine Maßnahmen hinterfragen muss. Das hat Michael Kretschmer offensichtlich getan. Ich hoffe, dass sich jetzt ein Umfeld entwickelt, in dem wir wieder bessere Geschäfte machen können.

Wie kann man mit Rücksicht auf die Vorbehalte der Bundesregierung für die Lausitz neue Brücken zu Russland bauen? Durch Austausch auf allen Ebenen, vom Petersburger Dialog bis zu den kleinen Kontakten auf unserer Geschäftsebene. Wir müssen diese Brücken aufbauen und einander zu hören. Das schafft Verständnis für die Position des jeweils anderen und die Möglichkeit, wieder in eine stärkere

Zusammenarbeit zu kommen. Das Problem liegt auch nicht im Bereich des Exports von Dienstleistungen und Produkten, sondern bei den Banken, die man für solche Exportgeschäfte benötigt. Dort wurden große Barrieren aufgebaut, die den Zahlungsverkehr und damit das Geschäft behindern. Die Handelsbarrieren haben ihre unternehmerische Auswirkung in Russland mit einem immensen Investitionsstau. Viele Unternehmen, die dort früher gewachsen sind und Märkte entwickelt haben, sind in Schwierigkeiten. Könnten die Geschäfte neu entfaltet werden, würden beide Seiten gewinnen.

Wenn auch andere Unternehmer wie Sie deutliche Veränderungen benötigen, warum bleibt der Lausitzer Mittelstand öffentlich so zurückhaltend? Jeder ist mit seinen eigenen Herausforderungen beschäftigt. Wir haben über Energie, Änderungen der Geschäftsumfelder, also Innovation und Investition gesprochen, und das sind nur kleine Bereiche unseres Tagesgeschäfts. Bei uns bindet z.B. der Bereich Personal momentan große Kapazitäten. Risikogeschäftsmodelle sind ein Thema. Am Ende des Tages steht auch ein Unternehmer vor der Frage, wofür er seine eingeschränkten Ressourcen verwendet. Jeder einzelne Unternehmer schaut zuerst auf sein Team und auf das, was unmittelbar vor ihm liegt. Vielleicht kann der Mittelstand im Rahmen des Entwicklungsprozesses der Lausitz wieder stärker zusammenrücken und seine Sorgen stärker artikulieren. Dass diese in Dresden und Potsdam angekommen sind, haben wir in den letzten Wochen gehört. Darauf muss man aufbauen.

Was wünschen Sie sich bis zu den Landtagswahlen, was für die Zeit danach? Mit großem Abstand: stabile politische Verhältnisse! Ich wünsche mir zudem schnell klare Regelungen für den Mittelstand, was die strukturelle Förderung und die Begleitung des Prozesses auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene angeht. Wir wollen die Lausitz voranbringen, dazu brauchen wir schnell realistische Instrumente. ☒



Steffen Söll
Geschäftsführender Gesellschafter
SKM Group
www.skm-group.com